



Tarifrunde 2011



8.11 - Mainz, 17.02.2011

Aktionstag am 02. März in Mainz geplant

**Unsere Forderung:
50 € Sockelbetrag plus 3 %
für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte**

Nach der ergebnislosen Auftaktveranstaltung am 04. Februar geht es am 24./25. Februar in die zweite Verhandlungsrunde. Als weiterer Termin ist der 09./10. März vorgesehen. Sollte bei den Verhandlungen Ende Februar kein Durchbruch erzielt werden, was bei dem Verhandlungsstil der Arbeitgeber zu befürchten ist, werden die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Zeit vom 28. Februar bis zum 08. März bundesweit an unterschiedlichen Tagen zu **Warnstreiks** aufrufen.

In Rheinland-Pfalz bereiten sich die DGB-Gewerkschaften GdP, GEW und ver.di auf einen gemeinsamen Aktionstag vor und zwar am

**Mittwoch, den 02. März 2011 in Mainz
(Termin bitte vormerken)**

Weitere Einzelheiten werden rechtzeitig erfolgen.

Um die Arbeitgeber, die nicht verhandeln sondern diktieren wollen, von „ihrem hohen Ross“ herunterzuholen, müssen wir gemeinsam öffentlich auftreten und sichtbaren Druck ausüben. Denn wir – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst - sorgen dafür, dass die innere Sicherheit gewährt wird, dass unsere Kinder Bildung erfahren, dass kranke und alte Menschen gepflegt werden. Kein Möllring (Finanzminister Niedersachsen), keine Linnert (Finanzsenatorin in Bremen) und kein Unland (Finanzminister in Sachsen) erfahren Gewalt bei Demonstrationen, sehen täglich Verletzte oder Tote oder müssen sich um missbrauchte Kinder kümmern. Sie werden nicht von frustrierten Schülerinnen und Schülern angepöbelt und sie füttern keine Kranken oder Behinderten. Aber sie wollen uns erzählen, dass unsere Forderungen zu hoch und nicht zu bezahlen sind. Sind sie so weit von der Realität entfernt? Schützen wir nicht auch sie und ihre Kinder? Werden ihre Kinder nicht unterrichtet? Brauchen ihre kranken oder alten Angehörigen keine Pflege? Und wer macht das?

Wir machen das. Wer sonst?

Tarifbeschäftigte,

Beamtinnen und Beamte

im öffentlichen Dienst

